

Die Wahlen des Imperialismus.

ap. Stolz und froh darf die deutsche Arbeiterklasse auf den Wahlkampf zurückblicken. Die Kunst zu siegen brauchte sie nicht erst zu erlernen; nicht zum ersten und auch nicht zum letzten Male hat sie sie geübt. Die stärkste Armee des internationalen Sozialismus stand hier der geschlossenen Macht des höchstentwickelten Kapitalismus gegenüber. Mag der Gesamtcharakter dieses Kampfes auch nicht jedem Mitkämpfer klar bewußt gewesen sein: ein Blick auf die Objekte, die im Mittelpunkte des Kampfes standen, läßt ihn doch leicht erkennen. Armee- und Flottenrüstungen, Steuern, Teuerung, Zölle, Kriegsgefahr, Koalitionsrecht — sie alle zeigen, daß die Wahlen im Zeichen des Imperialismus stattfanden.

Auch die Wahlen von 1907 waren Wahlen des Imperialismus. Aber trotzdem trugen sie einen, von den diesjährigen Wahlen völlig verschiedenen oder besser noch: einen geradezu entgegengesetzten Charakter. Damals waren es die Wahlen des siegreich vordringenden Imperialismus, jetzt sind es die Wahlen des zusammenbrechenden Imperialismus. Die heutigen Wahlen bilden daher die Abrechnung mit den Gottentottewahlen; der 12. Januar 1912 ist die Antwort des Proletariats auf den 25. Januar 1907.

Vor fünf Jahren saß der Imperialismus hoch auf stolzem Rosse. Er war sich selbst bewußt geworden und fühlte sich deshalb jugendlich stark. Denn der Imperialismus ist nicht nur eine Politik, er ist auch eine Ideologie. Als Politik hatte er sich seit den 90er Jahren allmählich, instinktiv entwickelt; wie immer im Kapitalismus wurde diese Politik nicht von vornherein bewußt, mit klaren Umrissen vorgezeichnet, sondern sie brach sich von selbst gegen die herrschenden Anschauungen der sich vergebens sträubenden Politiker, unwiderstehlich durch die Bedürfnisse des Kapitalprofits fortgetrieben, Bahn. Und die Politiker liefen wie ein Bild des Jammers nebenher, ihre schönen, alten Programme in der Tasche, seufzend und polternd über die Zumutungen der Regierung, und doch umfallend, voll Angst, wie die Wähler ihnen ihre Flotten-, Zoll- und Steuerbewilligungen heimzahlen würden, bald sich entschuldigend, bald frech sich herumwindelnd. Die Politik

setzte sich sowieso durch, aber das Bewußtsein blieb zurück, befangen in den alten, Kleinkapitalistischen Vorstellungen. Ungeheure Professoren nörgelten über die Reaktion und priesen sogar die Sozialdemokratie. Das gebildete Publikum war reichsverdrossen und bekloffen. Bis endlich die Ideen sich den Bedürfnissen anpaßten, bis man theoretisch zu denken magte, was man doch schon längst praktisch tat und tun mußte, ~~und~~ bis die Ideologie des Imperialismus die Bourgeoisie mit sich riß.

Hinaus in die Welt! klang es jetzt. Weshalb zetern über die Flottenbewilligung und Kolonialausgaben? Das deutsche Volk hat hohe Pflichten als Weltmacht; es muß sich einen Platz unter den großen Weltvölkern erobern; sein Name muß respektiert und gefürchtet sein; es muß seinen Handel schützen, es muß den Eingeborenen fremder Weltteile — wenn auch bisweilen mit harter Hand — Kultur und Eisenbahnen bringen. Für diese großen Ziele ist es nötig, nicht knauserig mit den Mitteln zu sein, eine starke Regierung zu schaffen, und ihr, wenn sie für die Größe und Ehre des Vaterlandes eintritt, keine unfruchtbare Opposition zu machen. Die ganze Bourgeoisie beirrauschte sich an den neuen Idealen der Weltpolitik und Weltmacht. Das Professorentum an der Spitze der ganzen Intelligenz trat als begeisterter Agitator der neuen Zeit gegen die rückständige Sozialdemokratie ins Feld. Der letzten bürgerlichen Opposition gegen Militärforderungen und Reaktion wurde durch das Bündnis des Freisinn mit den Junkern das Genick gebrochen. Und unter dichterischen Beifallskundgebungen von Kaisern und Königen wurde die Sozialdemokratie vom Landsturm der über-tölpelten Philister „niedergeritten“ — allerdings nur in der Einbildung der Gegner.

Die fünf Jahre des letzten Reichstages haben gehalten, was der Anfang versprach. Das deutsche Volk hat die Konsequenzen des Imperialismus zu kosten bekommen; keine gründliche praktische Belehrung über sein Wesen ist ihm zuteil geworden, und damit hat auch die Rebellion der Massen gegen den Imperialismus ihren Anfang genommen. Das ist es, was wir den Zusammenbruch des Imperialismus nennen. Ähnlich wie mit dem Zusammenbruch des Kapitalismus wird damit nicht gemeint, daß er auf einmal zusammenstürzt und nicht mehr weiter kann, sondern, daß er die Massen aufrüttelt und ihnen als Todfeind bewußt wird, den sie niederzukämpfen haben. Die Begeisterung der Bourgeoisie für die neuen, weltumfassenden

den Möglichkeiten des Abjages und des Profits mag zuerst große Massen mitschleppen, die daraus auch eine kleine Linderung ihrer Not erhoffen. Aber für die Massen bedeutet die Politik der Weltmacht, der Rüstungen und der Industrialisierung der ganzen Welt in Wirklichkeit nur steigende Lasten, Steuerraubzüge, stetige Kriegsgefahr, Teuerung und Reaktion. Ihre Enttäuschung und Empörung äußert sich in dem mächtigen Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmenzahl. Und mögen noch so viele dabei sein, von „Mitläufern“, ohne klare sozialistische Einsicht abgegeben, so sind sie doch mehr als vergängliche Neuzerungen eines augenblicklichen Argers. Es gibt keine andere Wahl als zwischen Imperialismus und Sozialismus. Der Arger ist nur der Anfang der zunächst noch unbewußten Rebellion. In diesem Sinne bedeuten die heutigen Wahlen mit ihrem großen Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie den Zusammenbruch des Imperialismus.

Sie bedeuten also gar nicht ein Ende oder auch nur ein Zurückweichen des Imperialismus. Im Gegenteil, er sitzt, wenn auch mit weniger stolzer Miene, fester im Sattel als je zuvor. Die verfloßene Regierungsperiode hat seine Herrschaft in der Politik nach allen Seiten fester verankert. Durch gegenseitigen Konkurrenzneid angestachelt, haben Liberale und Zentrumsleute um die Wette ihren Bewilligungseifer für Rüstungen und Steuern gezeigt, und damit die letzten Reste ihrer Vergangenheit abgestreift; Freisinnige sangen noch in diesem Wahlkampf das Lob des Bülowblocks. Haben sie damit ihre letzten Arbeiterwähler verloren, um so besser, denn um so unbehinderter können sie jetzt dem kapitalistischen Zug ihres Herzens folgen. Im Jahre 1907 waren die bürgerlichen Parteien noch gespalten; das Zentrum stand sogar brüderlich neben der roten Rotte der Vaterlandsfeinde. Das ist jetzt aus; trotz allen kleinen Geplänkels mit dem „schwarzblauen Block“ mit der Parole: „der Feind steht rechts“, mit dem Ruf: „das Christentum ist in Gefahr!“ usw. erkennen sie doch einander alle als nationale Brüder an, die zusammen nur einen Feind haben, das sozialistische Proletariat. Die Einheit der bürgerlichen Parteien im Dienste des Imperialismus, das ist die Frucht der letzten fünf Jahre.

Daher sind die Wahlen von 1912 in noch viel höherem Maße Wahlen des Imperialismus, als die von 1907. Sie stehen zu einander wie die Begeisterung des in den Krieg ziehenden Jünglings zu dem Zynismus des hartgesottenen

Verbrechers. Die bürgerlichen Parteien wissen jetzt aus Erfahrung, daß ihre Politik die schwerste Volksbedrückung, die schlimmste Volksausplünderung und eine wachsende Kriegsgefahr bedeutet — und trotzdem machen sie sie mit, denn sie müssen.

Aus dieser Sachlage erklärt sich auch der zuerst sonderbar anmutende Charakter dieser Wahlen, daß die sonst üblichen Versuche des Arbeiterfanges mit den elenden Mitteln des reformheuchlerischen Volksbetruges unterblieben. Statt dessen wurden im voraus neue Armeeverstärkungen und Flottenbauten in Aussicht gestellt — die Konsequenz der neuen Steuern ergab sich daraus von selbst — und sogar ein Raub des Koalitionsrechts wurde angekündigt. Es schien, als ob die Regierung von vornherein die Wahlchancen der bürgerlichen Parteien möglichst verschlechtern wollte; und die Vermutung ist schon ausgesprochen worden, daß sie durch einen tüchtigen roten Schrecken die Philister für ihre Staatsstreichpläne gefügig machen wolle. Bei der Tatsache, daß sie von dem heutigen Reichstagswahlrecht nichts zu fürchten hat, als mitunter eine unangenehme Demonstration, ist es jedoch fraglich, ob sie sich durch diese sonderbare Taktik leiten läßt. Vielmehr ist anzunehmen, daß sie damit die bürgerlichen Parteien von vornherein auf das imperialistische Programm hat festlegen wollen. Auf die Arbeiter ist doch nicht zu rechnen. Nicht das Buhlen um Arbeiterstimmen, sondern die Konsolidierung der ganzen bürgerlichen Welt gegen den Umsturz ist jetzt das Ziel der Regierungspolitik. Es kann nicht geduldet werden, daß noch irgend eine Partei sich auf Grund überlebter Phrasen von der gemeinsamen kapitalistischen Pflicht, Schlachtschiffe, Steuern und Strafgesetyparagraphen zu bewilligen, zu drücken sucht; daher werden sie genötigt, jetzt schon, bei den Wahlen, dieses Programm zu verteidigen.

Zusammenbruch des Imperialismus — und noch zugleich festere, bewußtere Entschlossenheit, größere innere Kraft des Imperialismus! Dieser Gegensatz zeigt die beiden Seiten des Imperialismus — wie er von der Seite des Kapitals, wie er von der Seite der großen Volksmasse erscheint. Steigende Macht der Volksempörung, festere Herrschaft des Kapitals — das ist das Ergebnis der Wahlen von 1912. Es bedeutet, daß eine Zeit wachsender Klassengegensätze und schwerer Kämpfe vor uns liegt. —